

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 2

Artikel: Ihr Afghanistan ist nicht Afghanistan : offener Brief an Andreas Kohlschütter
Autor: Bader, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093968>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ihr Afghanistan ist nicht Afghanistan

Am 28. Dezember 1986 strahlte TV DRS die Diskussionssendung «Zur Sache» zum Thema Afghanistan aus. Teilnehmer war, neben «NZZ»-Korrespondent Andreas Oplatka und Militärpublizist Albert A. Stahel, auch der Schweizer Journalist Andreas Kohlschütter, der für die «Weltwoche» und die deutsche

Wochenzeitung «Die Zeit» schreibt. Kohlschütters Aussagen provozierten nicht nur viele entrüstete Telefonanrufer in der betreffenden Sendung, sondern veranlassen auch uns, in einem offenen Brief verschiedene Punkte zum Afghanistankrieg zur Diskussion zu stellen.

Sehr geehrter Herr Kohlschütter,

Zum siebten Jahrestag der sowjetischen Invasion in Afghanistan haben Sie an einer Diskussionsrunde des Schweizer Fernsehens zum Thema «Afghanistan – Tragödie ohne Ende?» teilgenommen. Da das Schweizerische Ost-Institut sich intensiv mit Afghanistan befasst (siehe Buch «Augenzeugen unerwünscht»),

möchte ich zu einigen Ihrer Darlegungen Stellung nehmen. Ihre allfällige Antwort werden wir wie den vorliegenden Brief im ZeitBild abdrucken. Lassen Sie mich vorerst Ihre acht Hauptargumente auflisten:

Rekapitulation Ihrer Darstellung

1. Die Sowjetunion habe natürlicherweise ein grösseres Interesse an Afghanistan als der Westen. Afghanistan sei Vorposten vor dem «weichen Bauch» der islamischen Sowjetrepubliken, wichtig für die Rohstoffversorgung sowjetischer Randzonen und Objekt sowjetischer Einkreisungsängste. Afghanistan sei daher ein natürlicher Nachbar und Verbündeter der Sowjetunion, und der Einmarsch sei Folge einer grossen Kontinuität, nachdem schon vor der Revolution Militär und Wirtschaft immer stärker unter sowjetischen Einfluss geraten seien. Der Westen dagegen habe kein legitimes Interesse an Afghanistan, da es eine Sackgasse und ein unwichtiger und künstlicher Angelpunkt ohne strategische Bedeutung sei. Die USA hätten panisch reagiert.

2. Der afghanische Widerstand, die Mujahedin, sei nicht in der Lage, eine legitime Alternative zur herrschenden Regierung zu bieten. Eine Einheitsdoktrin, eine programmatische Anfechtung der Kabuler Regierung – vergleichbar mit dem Programm des Vietkong oder der algerischen FLN – fehle völlig. Die Auffächerung sei die Hauptschwäche des Widerstandes, was

ihm auch jede Siegeschance nehme und verhindere, dass er von der Weltöffentlichkeit ernst genommen werde. Zudem komme dem Kabuler Regime die völkerrechtliche Legitimität zu.

3. Die Bevölkerung sei des Krieges müde geworden, wolle den Kriegszustand nicht. Die Leute würden von beiden Seiten bedrängt und rekrutiert, strömten daher in die Städte. Sie, Herr Kohlschütter, machten sich am meisten Sorgen um die Afghanen und wünschten daher, dass diese sich nicht zum Heil westlicher Ideale abschlachten liessen. Es sei wichtig, dass die Afghanen überleben, nicht dass sie umkommen in einem falsch verstandenen Stellvertreterverhältnis. Daher sei der Krieg zu unterbinden.

4. Humanitäre Hilfe des Westens an Afghanistan sei zu befürworten, Militärhilfe dagegen sei nackter Zynismus. Die USA gäben zu wenig, um zu gewinnen, aber zu viel, um Ruhe einkehren zu lassen; sie «zündeln», wollen aber kein Feuer entfachen. Europa sitze in der Loge, um dem Ritterspiel der tapferen Afghanen zuzusehen und sei bereit, sich in Afghanistan bis zum letzten Afghanen zu schlagen.

Bestellcoupon

Ex. «Augenzeugen
unerwünscht»
(Fr. 26.—)

Einsenden
an Buchhandlung SOI
Postfach
3000 Bern 6

Name: _____

Strasse: _____

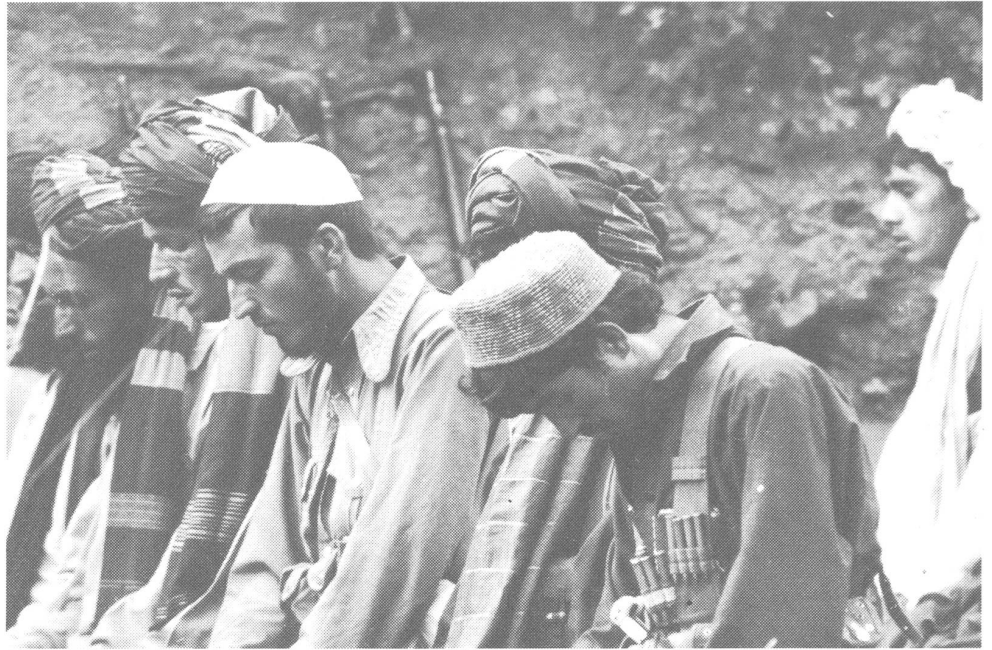
PLZ/Ort: _____

SOI-Hilfsfonds
Afghanistan
PC 30-4474-8 Bern

5. Die Freiheit der Mujahedin sei nicht Ihre Freiheit. Der mittelalterliche fanatische Islam habe nichts mit Freiheit, mit Parlamentarismus und Demokratie zu tun und sei Ihnen völlig fremd. Daher stünden Sie vor dem Dilemma, dass nämlich vielmehr das Regierungsprogramm, die Kabuler Reformen, Ihre Reformen seien. So stellten Sie sich Landreform und Alphabetisierung vor, wenn auch natürlich lieber nicht unter der Fuchtel sowjetischer Panzer. Sie seien hin- und hergerissen, könnten aber als westlicher Mensch nicht mit unseren Waffen unterstützen, was die Stämme in Afghanistan vertreten.

6. Sie verneinten das Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volkes nicht, aber Sie störe die westliche Intervention. Der Widerstand werde in die Illusion gestossen, die Lage sei mit Waffengewalt veränderbar. Die USA seien nicht bereit, auch nur einen Amerikaner zu opfern. Sie warnen vor einer Überidentifikation, wie sie auch Khomeini zuteil geworden wäre, wenn er gegen die Sowjets gekämpft hätte.

7. Bis jetzt sei Afghanistan auch für Moskau eine Sackgasse; die Sowjets hätten keinen Vorstoss nach Pakistan oder Iran geplant und keinerlei Invasionsstruktur angelegt. Wenn sie zu den warmen Gewässern oder zum arabischen Öl wollten, hätte sich von Anfang an der Iran viel eher angeboten. Auf Pakistan werde nur Druck ausgeübt wegen seiner Unterstützung der Mujahedin. Allerdings sei nicht auszuschliessen, dass die Sowjets mit der Zeit auf andere Gedanken kommen könnten. Schon daher sei eine politische Lösung voranzutreiben und nicht eine Wunde offenzuhalten, wenn der Westen schon keine Chance für eine Lösung in seinem Sinne habe.



Betende Partisanen. (Bild: Kurt Pelda)

8. Das Verhalten der Sowjetunion werde übertrieben beurteilt, da die USA im gegebenen Fall genau gleich handeln würden. Daher sei eine Rationalisierung des Verhaltens einer Grossmacht geboten.



Auf einen kurzen Nenner gebracht, kann man Ihre Haltung in drei Kernpunkten zusammenfassen:

- Grösstmögliches Verständnis für die Sowjetunion. Der Einmarsch als faktischer Sachzwang, auf den mit den für Grossmächte üblichen Mitteln reagiert worden sei. Würdigung der Reformpolitik als gute Politik, der nur der Makel der Präsenz sowjetischer Panzer anhafte.

- Verurteilung jeglichen westlichen Engagements, mit Ausnahme des rein humanitären, als zynisch. Verurteilung der USA, die nur das Interesse hätten, den Konflikt schwelen zu lassen, und nicht, den Afghanen wirklich zu helfen. Der Westen stehe auf der Seite des mittelalterlichen fanatischen Islams.

- Aberkennung des Widerstandsrechtes für die Afghanen. Dem afghanischen Widerstand fehle jegliche Legitimation, da er keine programmatische Alternative bieten könne. Daher sei auf militärische Unterstützung ganz zu verzichten. Die Bevölkerung sei des Krieges müde; der Konflikt müsse so rasch wie möglich einer politischen Lösung zugeführt werden. Andernfalls sterben die Mujahedin in einem falsch verstandenen Stellvertreterverhältnis für die USA und den Westen.

Die Konfrontation dieser Haltung mit der Realität des nunmehr sieben Jahre dauernden afghanischen Krieges lässt allzu viele Wider-

sprüche hervortreten. Lassen Sie mich zuerst eine Kurzbilanz des sowjetischen Einflusses 1979 bis 1986 vorlegen und danach zu den drei erwähnten Kernpunkten Stellung nehmen.

Bilanz des Grauens

Sieben Jahre Krieg in Afghanistan. Eine Million Zivilisten umgebracht, 80 000 getötete Mujahedin, Freiheitskämpfer. Mehr als fünf Millionen Flüchtlinge, über drei Millionen in Pakistan, zwei Millionen im Iran. Zwei Millionen Vertriebene innerhalb Afghanistans. Mehr als die Hälfte der 14 Millionen Afghanen tot oder auf der Flucht.

Sieben Jahre Krieg in Afghanistan. 70 000 politische Gefangene, 50 000 Vermisste, 100 000 Exekutierte. 50 000 Kinder zwischen 7 und 15 Jahren sind in die Sowjetunion zwangsverschleppt worden. Folterungen, Massaker und Giftgaseinsätze. Spielzeugminen gegen Kinder.

Sieben Jahre Krieg in Afghanistan. Kriegsführung der verbrannten Erde in den Grenzprovinzen zu Pakistan. Zerstörte Bewässerungssysteme, zerbombte Dörfer, vernichtete Getreideernten, vergiftete Wasserreservoirs. Schulen, Moscheen und Krankenstationen als bevorzugte Ziele sowjetischer Bomber. Kopfgeld auf afghanische und insbesondere europäische Ärzte, 10 000 Dollar nach aktuellen Berichten. Die Bevölkerung hat nur drei Möglichkeiten: herrschen Grossstädte oder Kampf gegen den Aggressor.

Die Haltung der Sowjetunion

Wer die UNO-Menschenrechtsberichte des Afghanistan-Sonderberichterstatters Prof. Felix Ermacora studiert hat, wird jede Rechtfertigung für den vorsätzlichen Völkermord der So-



Afghanisches Kind. (Bild: Beat Krättli)

Gesucht: Ärzte und Krankenschwestern/Krankenpfleger nach Afghanistan

1986 haben neben europäischen Hilfswerken auch zwei Schweizer Ärzte und eine Krankenschwester in Afghanistan dem schwerkgeprüften Volk geholfen. Sie haben in den vom afghanischen Widerstand kontrollierten Gebieten einen wichtigen Beitrag zum Behauptungswillen der Mujahedin und der Zivilbevölkerung geleistet.

Das Schweizerische Ost-Institut (SOI) ist bereit, durch seinen Hilfsfonds die Kosten für Ärzteteams (Chirurgen, Anästhesisten, Krankenschwestern) zu übernehmen, die sich für sechs Monate verpflichten, in Zusammenarbeit mit einer westdeutschen Organisation in Afghanistan zu arbeiten. Benötigt werden besonders Ärzte mit bevorzugt allgemeinmedizinischer Ausbildung und einigen Jahren klinischer Erfahrung. Ferner besteht auch Bedarf für einige Spezialisten (Internisten, Chirurgen) sowie für Krankenschwestern/Krankenpfleger. Entschädigung gemäss Assistenzarzt-Tarifen inkl. Versicherungsdeckung und Übernahme der Reise- und Aufenthaltskosten werden zugesichert.

Interessenten sind gebeten, ihre Unterlagen an folgende Adresse zu senden: Schweizerisches Ost-Institut, zuhänden Herrn Michael Bader, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6, Tel. 031 43 12 12.

wjets (3. UNO-Bericht vom 17. 2. 1986, Ziff. 124) weit von sich weisen. Afghanistan ist nicht einfach ein Krieg, in dem es halt Tote, Verwundete und viel Leid gibt. Vielmehr geht es um eine neue Dimension der Kriegsführung, die sich vor allem gegen die Zivilbevölkerung richtet.

Die Rechtfertigungs- oder zumindest Entschuldigungsgründe für den Einmarsch halten einer Überprüfung ebenfalls nicht stand. Die «sowjetischen Einkreisungsängste» sind so unreal, dass sie höchstens als Vorwand des sowjetischen Imperialismus gelten können. Die Schwierigkeiten mit geknechteten Minderheiten im eigenen Land, allfällige Rohstoffversorgungsprobleme und enge historische und wirtschaftliche Beziehungen mit dem neutralen Nachbarstaat geben ebensowenig das Recht zu militärischer Aggression.

Am abwegigsten ist Ihre Forderung nach einer «Rationalisierung» des Verhaltens von Grossmächten, was wohl heissen soll, dass Völkermord zwar nicht schön, aber in diesem Zusammenhang doch normal sei und man sich daher am besten damit abfinde. Die USA haben niemals und nirgends einen auch nur in Ansätzen vergleichbaren Vernichtungskrieg gegen die Zivilbevölkerung geführt, weder in Europa noch in Japan, Korea oder Vietnam. Die wenigen von US-Soldaten begangenen Kriegsverbrechen, wie etwa das Massaker von My Lai, sind unnachlässig verfolgt und bestraft worden. Und sie sind nicht auf Befehl des US-Präsidenten oder des Oberkommandos der Streitkräfte erfolgt.

Sie würdigen die Reformpolitik der Kabuler Regierung und beklagen den Mangel eines einheitlichen demokratischen Programms des Wi-

derstandes. Sie verkennen dabei, dass Selbstbestimmung und Demokratie keinen Inhalt vorwegnehmen, sondern einzig die Form zu einer möglichst gerechten Willensbildung eines Volkes bereitstellen. Pluralismus mag im Kampf hinderlich sein, gilt uns jedoch als höchste Form des Zusammenlebens. Weshalb sollen wir die schon x-mal gemachten Fehler noch einmal wiederholen und einem Volk unseren Willen, unsere Vorstellungen aufzwingen? Die Invasion der Sowjetunion war vor allem gegen das Selbstbestimmungsrecht der Afghanen gerichtet, die keine kommunistische Regierung wollten. Dagegen haben andere Ziele wie Landreform und Alphabetisierung zwingend in den Hintergrund zu treten, da sie in keiner Relation zu dem dafür zu zahlenden Preis stehen.

Das Engagement des Westens

Der Freiheitskampf eines Volkes gegen einen übermächtigen totalitären Gegner muss unser Interesse finden, wenn nicht wegen unserer Gleichgültigkeit Land um Land denselben Weg gehen soll. Das beinhaltet Risiko- und Kriegsbereitschaft, was nicht zum Krieg, sondern zur Verhinderung weiterer Tragödien im Stile Afghanistans führen wird. Wie sich die Schweiz durch eine starke Armee den Frieden zu erhalten sucht, muss die freie Welt durch militärische Stärke und Einsatzbereitschaft dem Vormarsch des sowjetischen Imperialismus einen Riegel schieben. Denn die Sowjetunion ist risikobewusst und hat sich auch immer danach verhalten (Kuba, Berlin).

Diese Aufgabe aber können auf die Dauer nicht die USA allein tragen. Europa muss selbst wieder Verantwortung übernehmen, weg von der Zuschauerrolle, die von den USA die Verteidigung der eigenen Position erwartet, aber schnell mit überzogener Kritik zur Hand ist. Es ist symptomatisch für die Einschätzung der amerikanischen Schwäche zu jener Zeit, dass die Invasion Afghanistans wie der Umsturz im Iran und in Nicaragua zur Regierungszeit Präsident Carters passiert sind.

Zitiert

Wollt ihr Schweizer denn eure eigene Geschichte bespeien?

Im ZeitBild 7/1986 hatten wir ein Gespräch mit dem afghanischen Widerstandsvertreter Mohamed Sadiq veröffentlicht. Daraus bringen wir zur Erinnerung eine Stelle.

Herr Dr. Sadiq, Widerstandsaktionen in Afghanistan ziehen blutige Repressalien nach sich, Bombardierungen, Massaker. Setzen die Muja-

hedin mit ihren Kampfhandlungen nicht zynisch das Leben von Frauen und Kindern aufs Spiel?

Wenn Sie die Frage wirklich so meinen, möchte ich von Ihnen lieber keinen Tee mehr...

Es ist eine Frage, die hier gestellt wird. Ich leite sie weiter und möchte die Antwort hören, um sie ebenfalls weiterzuleiten.

Für mich ist es unfassbar, dass man darauf antworten muss. Aber gut: Es gibt zwei Zynismen. Der erste, ungeheuerlich brutale Zynismus, der sowjetische Zynismus, besteht darin, dass man Frauen und Kinder umbringt, weil Partisanen kämpfen. Und der zweite, ungeheuerlich wohlfeile Zynismus, der westliche Zynismus, besteht darin, dass man das den Leuten vorwirft, welche sich gegen eine Macht wehren, die sich in dieser mörderischen Gewalt kundtut. Wenn

man schon untätig einer Vergewaltigung zusieht, sollte man wenigstens nicht das Opfer beschimpfen, das sich sträubt. Wo steht ihr eigentlich? Habt ihr nicht eure eigene Geschichte vom Widerstand gegen Tyrannen und fremde Heere? Ihr bespeit eure eigene Geschichte, wenn ihr den Massenmord der Invasoren dem Widerstand des afghanischen Volkes zur Last legt.

Geht es nicht auch um das Überleben des afghanischen Volkes?

Es geht darum, dass der Widerstand im afghanischen Volk lebt und nur zusammen mit ihm auszulöschen ist. Es gibt nur einen Weg, das Überleben des afghanischen Volkes zu gewährleisten. Man muss die Sowjets dazu bringen, von ihrem Morden abzulassen. Und dazu brauchen wir eure Hilfe. ■

Ein politisch erzwungener Rückzug der Sowjetunion ohne Sieg über die Mujahedin und ohne dauerhafte Satellitenstellung Afghanistans wäre ein politischer Grosserfolg für die freie Welt und ein Rückschlag für den Totalitarismus. Das Beispiel könnte Schule machen, wovon sich die Sowjets fürchten. Sollten Ungarn, Polen und Rumänen nicht fertigbringen, was einem asiatischen Bergvolk gelungen ist...?

Wenn Sie jegliches westliche Engagement, mit Ausnahme des humanitären, als zynisch verurteilen, verkennen Sie dabei, dass nicht wir über die Weiterführung des Widerstandes zu befinden haben, sondern die Afghanen selbst. Diese möchten aber unsere Unterstützung, weil durch bessere Waffen ihre Chancen steigen, so lange durchzuhalten, bis den Sowjets der aussenpolitische Preis zu hoch wird. Die Aufregung in Moskau wegen der Lieferung von «Stinger»-Luftabwehrraketen belegt dies deutlich.

Dass die USA den Konflikt nur schwelen lassen möchten, nicht aber den Afghanen wirklich helfen, ist wieder eines jener bössartigen anti-amerikanischen Klischees, die – bewusst oder unbewusst – dem Ziel Moskaus dienen, einen Graben zwischen Westeuropa und der amerikanischen Schutzmacht aufzuwerfen. Die Amerikaner haben ebensowenig in Europa während zweier Weltkriege nur für wirtschaftliche oder andere «böse» Ziele gekämpft, sondern immer die Verteidigung von Selbstbestimmung, Demokratie und Freiheit im Auge gehabt.

Das Bild des Widerstandes

Dass die Mujahedin insgesamt einen mittelalterlichen fanatischen Islam verteidigen, ist nicht richtig. Die Fundamentalisten im Stile Khomeinis sind in verschwindender Minderheit in Afghanistan, da die sunnitische Glaubensrichtung vorherrscht und nicht die shiiti-

sche. Zudem sei auch hier auf das Selbstbestimmungsrecht verwiesen.

Sie sprechen dem afghanischen Widerstand jegliche Legitimation als Alternative zur Kabuler Regierung ab. Die Legitimation der Kommunisten dagegen, die sich von Anfang an nur auf 6000 Parteimitglieder und auf Teile der 90 000 Mann starken Armee stützen konnten, scheinen Sie nicht in Zweifel zu ziehen. Das gemeinsame Programm liegt nicht in einem marxistischen Manifest, wie beim Vietkong, sondern in der Forderung nach Selbstbestimmung, womit sich die Mujahedin, die verbliebene Zivilbevölkerung und Millionen Flüchtlinge identifizieren können.

Natürlich ist die Bevölkerung kriegsmüde, wie auch die Bevölkerungen von England und der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg kriegsmüde waren. Hätten die USA deshalb auf eine Unterstützung verzichten sollen? Hätten diese Länder deshalb ihre Waffen dem Führer des Grossdeutschen Reiches zu Füssen legen sollen? Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein. Im Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung liegt Rechtfertigung genug, nicht in den spekulativen Erfolgsaussichten. Immerhin haben die Afghanen der Supermacht sieben Jahre lang die Stirn geboten, länger als der Zweite Weltkrieg gedauert hat.

Grundsätzlich sind nur zwei Optionen möglich. Ein sowjetisiertes Satelliten-Afghanistan oder ein freies, selbstbestimmendes Afghanistan. Die letztere, hoffentlich auch für Sie bessere Möglichkeit ist nur zu erreichen, wenn die Sowjets durch politischen Druck und letztlich politischen Schaden dazu gebracht werden, in einer Güterabwägung den Abzug ihrer Truppen als weniger schlechte Möglichkeit anzusehen.

Der Druck muss sehr hoch sein, da der Schaden im Falle eines Abzugs ohne Sieg für den Kreml vorerst nicht abzuschätzen ist. Der so-



Soll er sich nicht wehren dürfen?
(Bild: Kurt Pelda)

wjetische Imperialismus wäre im Kern getroffen; jedes angegriffene Volk wüsste um seine Überlebenschance. «Politische Lösung» heisst im Jargon der Sowjets also immer totale Kontrolle, militärischer Abzug unter Hinterlassung eines geknebelten Satelliten. Dies sollte sich auch vor Augen führen, wer immer davon spricht, den Krieg «um jeden Preis» zu beenden.

Schliesslich noch zum «falsch verstandenen Stellvertreterverhältnis». Die Afghanen kämpfen zuerst für ihre eigene Freiheit. Aber sie kämpfen auch, unbewusst wahrscheinlich, für den Gedanken der Freiheit und Selbstbestimmung auf der ganzen Welt. Genau wie der Sieg über Hitler einen starken Impuls zur Demokratisierung in vielen Ländern bewirkte, würde ein Rückzug ohne Sieg der Sowjets wichtige Signale für die Zukunft setzen. Vielleicht wäre damit ein Wendepunkt des kommunistischen Vormarsches erreicht. Insofern kämpfen sie tatsächlich auch für unsere Freiheit. Wir sollten den Mujahedin und dem afghanischen Volk dafür dankbar sein und ihnen jede erdenkliche Unterstützung gewähren.

Dass Sie, Herr Kohlschütter, den Amerikanern vorwerfen, keine Soldaten nach Afghanistan zu schicken, scheint mir etwas widersprüchlich. Ich möchte gerne lesen, was Sie schreiben würden, wenn die USA es tatsächlich tun würden. Wir müssen Wege finden, die nach Möglichkeit an einer direkten militärischen Konfrontation der Supermächte vorbeiführen, indem wir den militärischen Kampf nach der Invasion eines Landes durch eine glaubwürdige militärische Drohung davor ersetzen. Anders wäre Berlin nicht gerettet worden.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüssen

Michael Bader
Schweizerisches Ost-Institut

